

Allein am Samstag 80 Festnahmen - auch Bürgermeister von Siirt betroffen

## Erneute Festnahmewelle gegen kurdische Oppositionelle

Bei zeitgleichen Razzien der türkischen Sicherheitskräfte in drei verschiedenen Städten wurden in den frühen Morgenstunden des 8. Dezember rund 80 kurdische Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen. Betroffen von den Festnahmen, die sich auf die Städte Batman, Mardin und Siirt konzentrierten, waren neben Verantwortlichen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) auch Mitglieder verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und MitarbeiterInnen kurdischer Stadtverwaltungen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch Selim Sadak, Bürgermeister der Stadt Siirt, der sich zum Zeitpunkt der Festnahme in seiner Wohnung in Diyarbakir befand. Die Festnahmen wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Diyarbakir im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen durchgeführt. Alle festgenommenen Personen wurden mittlerweile nach Diyarbakir in Untersuchungshaft überführt.

### Proteste der Partei für Frieden und Demokratie (BDP)

In den Orten Nusaybin und Kiziltepe (Provinz Mardin) sowie in der Stadt Batman versammelten sich nach den Festnahmen hunderte Menschen vor den jeweiligen Büros der BDP, um gegen die Repressionsmaßnahmen des Staates gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten zu protestieren. In Batman sprach die BDP-Abgeordnete Ayla Akat zu den anwesenden Menschen und forderte die sofortige Freilassung der festgenommenen Aktivistinnen und Aktivisten. „Früher versuchten sie durch Verbote unserer Arbeit als politische Partei einen Riegel vorzuschieben. Das ist ihnen nicht gelungen und jetzt versuchen sie es durch diese Operationen des politischen Genozids. Aber auch das wird ihnen nicht gelingen“, so Akat.

### Über 1000 Festnahmen im November

Die Festnahmewellen gegen kurdische Oppositionelle in der Türkei, die im Rahmen der so-

nannten KCK-Operationen durchgeführt werden, haben seit Anfang November wieder deutlich zugenommen. Laut Angaben der Nachrichtenagentur Firat (ANF) wurden im Vormonat 1039 kurdische politische AktivistInnen festgenommen. Die KCK-Operationen, die sich ausschließlich gegen zivile kurdische AktivistInnen richten, hatten im April 2009, kurze Zeit nach dem großen Wahlerfolg der BDP bei den Kommunalwahlen im selben Jahr, ihren Anfang genommen. Seitdem wurden rund 10.000 kurdische AktivistInnen festgenommen. Durch die Festnahme des Bürgermeisters von Siirt, Selim Sadak befinden sich nun insgesamt 37 BürgermeisterInnen und sechs Abgeordnete der BDP sowie über 230 gewählte Mitglieder der Stadträte. Ende November wurden zudem auf Befehl des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan die Anträge zur Aufhebung der Immunität von zehn Abgeordneten der BDP im türkischen Parlament eingereicht. (CA, 8.12., ISKU)

Interview mit von der Aufhebung der Immunität bedrohten Abgeordneten Nursel Aydogan

## »Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern«

Nursel Aydogan, geboren 1958 in Bursa, ist Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Parlament der Türkei.

*Gegen zehn Abgeordnete Ihrer Partei läuft in der Türkei ein Verfahren zur Aufhebung der Immunität. Wie kam es dazu?*

Es gibt ungefähr 850 Fälle, in denen Abgeordneten der türkischen Nationalversammlung Vergehen vorgeworfen werden. Davon richten sich rund 600 gegen Abgeordnete der BDP, ausschließlich aus politischen Gründen. Die restlichen 250 betreffen Abgeordnete der anderen drei Parteien, und hier sind es Vorwürfe wie Korruption, Amtsmissbrauch sowie sexuelle Übergriffe. Von diesen 850 unbehandelten Fällen sind jetzt zehn aufgegriffen worden. Den BDP-Politikern

wird vorgeworfen, bei einer Rundreise durch die Provinz Hakkari in eine Straßensperre der kurdischen Guerilla geraten zu sein und mit den Guerillakämpfern gesprochen zu haben.

*Was denken Sie darüber?*

Die Aufhebung der Immunität wird von der Regierungspartei AKP wie ein Damoklesschwert benutzt, als ständiges Mittel der Erpressung und Bedrohung. Aber niemand von uns hat sich ins Parlament wählen lassen, um Immunität zu genießen. Wir alle waren auch vor unserer Abgeordnetentätigkeit jahrelang politisch aktiv, im Kampf für Demokratie in der Türkei und die Freiheit der kurdischen Bevölkerung. Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern. Aber wir sind der Meinung, daß es weder ethisch noch juristisch

richtig ist, von 850 Fällen lediglich zehn aufzugreifen. Wenn sich auch die anderen Abgeordneten aufgrund der Vorwürfe bezüglich Korruption und sexueller Übergriffe vor Gericht verantworten müssen, sind wir ebenfalls bereit dazu. Ansonsten kann uns nichts dazu bringen, uns vor Gericht zu verantworten. Außerdem sind wir von der Bevölkerung in dieses Amt gewählt worden, und wir sind der Überzeugung, daß nur die uns wieder abwählen kann.

*Sie selbst sind Türkin. Wie sind Sie Abgeordnete der prokurdischen BDP geworden?*

Das hat nichts mit meiner Herkunft zu tun, sondern mit meiner Weltanschauung. Ich bin Internationalistin. In den siebziger Jahren habe ich die revolutionäre sozialistische Bewegung in der Türkei

### Meldungen

#### Raketenbeschuss auf kurdischen Stadtteil von Aleppo: 11 Tote

Durch vier Raketen, die auf den kurdischen Stadtteil Şêx Meqsud (Şeyh Maksut) von Aleppo abgeschossen worden sind, wurden am 10. Dezember insgesamt elf ZivilistInnen getötet. Unter den Getöteten befanden sich fünf Kinder und eine schwangere Frau. Weitere 13 Menschen wurden durch den Angriff verletzt. Bereits am 25. und 26. Oktober sind durch die Angriffe des Militärs des Assad-Regimes und durch verschiedene bewaffnete Gruppen im selben Stadtteil rund 30 Menschen ums Leben gekommen. In Aleppo leben rund 600.000 Kurdinnen und Kurden, die Mehrzahl von ihnen in den mehrheitlich kurdischen Stadtteilen Şêx Meqsud und Eşrefiye. In beiden Stadtteilen haben die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Verantwortung für die Sicherheit übernommen. (ANF 10.12., ISKU)

#### Schwere Bombardements in der Region Besta

In der Region um Besta in der Provinz Sirnex hat das türkische Militär Operationen mit der Unterstützung von hunderten Soldaten gestartet. Die Region wird zusätzlich von Hubschraubern des Typs Kobra ununterbrochen bombardiert. Lokalen Angaben zufolge haben die militärischen Operationen am Donnerstag in den frühen Morgenstunden begonnen. Die Region werde auch seit Stunden ununterbrochen bombardiert und Bombardements dauern noch an. Auch sollen Dorfschützer an den Operationen teilnehmen.

Auf der anderen Seite gab das Presse- und Kommunikationszentrum der Volksverteidigungskräfte HPG bekannt, dass die Region Avasin in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan von der türkischen Luftwaffe in der Nacht bombardiert worden ist. (DK/ANF 12.12., ISKU)

#### Erneuter Angriff auf Serê Kaniyê gescheitert

Erneut haben bewaffnete Gruppen, die von der Türkei unterstützt werden, in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember die westkurdische Stadt Serê Kaniyê angegriffen. Die Gruppen haben in den nächtlichen Stunden ihren Angriff begonnen. Sie stießen allerdings auf den sofortigen Widerstand der kurdischen Volksverteidigungseinheiten

# Westkurdistan: Plan zur Liquidierung der YPG

Wie bekannt wurde, haben einige kurdische Parteien aus Westkurdistan eine Vereinbarung getroffen, die auf die Liquidation der Volksverteidigungseinheiten (YPG) abzielt. Laut der Vereinbarung soll eine militärische Kraft gegründet werden, die in Koordination mit der FSA (Freie Syrische Armee) zusammenwirken soll, um die YPG als derzeit einzige militärische Kraft in Westkurdistan abzulösen und diese auszugrenzen.

Die Internetseite [xerber24.net](http://xerber24.net) veröffentlichte einen Brief, den ein Teilnehmer der Konferenz der westkurdischen Parteien in Hewler einem anderen Parteimitglied in Westkurdistan geschickt hatte.

In dem auf den 1. Dezember datierten Brief werden die Entscheidungen der Konferenz, die unter der Führung des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan Mesud Barzani und Dr. Hemid Derbendi getroffen wurden, dargestellt. In dem Brief heißt es: „Eine neue Phase wurde begonnen. Dies konnte aufgrund der wichtigen Schritte, die nach der Serie von Treffen in Hewler getätigt wurden, realisiert werden. Die Dialoge wurden von allen Seiten mit einer positiven Einstellung geführt. Dies wurde in objektiver Sichtweise gezeigt. Dies ermöglichte das Verfassen eines politischen Dokuments unserer Allianz. Dieses Dokument wurde von der Allgemeinheit akzeptiert und bildet das Prinzip unserer Allianz. Obwohl Schwierigkeiten entstanden sind, welche besonders daraus resultierten,

dass einige Vertreter auf ihren Positionen beharren, konnten diese durch die Bemühungen von Dr. Hemid Derbendi gelöst werden. Damit wir gefestigte Schritte tätigen können, hat er uns durch den Befehl des Präsidenten der Regionalregierung Mesud Barzani einige Male die Garantie erteilt, uns finanzielle und andere Unterstützung zu erteilen.“

Weiter wird erwähnt, dass die Beziehungen zur FSA und den zur FSA gehörenden „Freiheitsbrigaden“ weiter gepflegt werden sollen. Es soll eine militärische Kraft werden, die in Koordination mit der FSA agieren soll und in den kurdischen Gebieten die Rolle der „Freien Armee“ einnehmen soll.

Laut dem Brief ist das Hauptziel, die Kräfte der PYD (Partei der Demokratischen Einheit) zu beschränken. Es soll erreicht werden, dass die Volksverteidigungseinheiten (YPG) nicht mehr als einzige militärische Kraft in Westkurdistan auftreten können.

Die finanzielle Unterstützung für diese gegen die YPG zu gründende militärische Kraft wird von der Kurdischen Regionalregierung getragen. Diesbezüglich wird von der KDP (Kurdische Demokratische Partei) ein gewisses Budget bereitgestellt, welches anfänglich eine Million Dollar betragen wird.

Dem Brief ist weiter zu entnehmen, dass sich nach den Diskussionen darauf geeinigt wurde, dass sämtliche zur Allianz gehörenden Parteien ihre Mitglieder und Brigaden aus der FSA

zurückziehen und sie in der militärischen Dachorganisation zusammenführen. Dies wird in Allianz und Unterstützung der FSA geschehen. Die zu gründende militärische Kraft wird in Koordination mit der Freien Syrischen Armee agieren. Ihr Aufgabengebiet umfasst die militärische Verantwortung für das kurdische Gebiet. Sie soll, um das Baath-Regime aus den kurdischen Gebieten zu entfernen, die Rolle der Freien Armee übernehmen. Dadurch wird diese Kraft durch die Allianz mit der FSA und der Unterstützung der kurdischen Regionalregierung den Einfluss der PYD eindämmen. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem die Verteidigungseinheiten (YPG), wie in Serêkaniyê zu sehen war, in den Vordergrund gerückt sind und als einzige militärische Kraft in den kurdischen Gebieten zu erkennen war. Im Speziellen sollen die Außenbeziehungen der Allianz innerhalb kurzer Zeit einen politischen und legitimen Rahmen ermöglichen. Es wird die Vereinigung der kurdischen Brigaden weitergeführt werden. Im Nachhinein wird diese Brigade als Kurdische Militärische Kraft deklariert werden, um mit der PYD konkurrieren zu können. Daher wird die Regionalregierung sämtliche Einheiten, die derzeit ausgebildet werden, der Allianz überführen. Dies zielt auf die Gründung einer starken kurdischen Armee ab. Des Weiteren wird seitens der KDP ein Budget für die militärischen Aktivitäten bereitgestellt.

(ANF, 7.12., ISKU)

(YPG). Die Auseinandersetzung hielt bis in die frühen Morgenstunden an. Örtliche Quellen berichten, dass die Angreifer durch die Gefechte große Verluste erlitten und sich deshalb zurückziehen mussten. Gegen Sonnenaufgang waren nur noch vereinzelt Schüsse in der Stadt zu hören.

Auffällig ist, dass dieser erneute Angriff kurze Zeit nach Gesprächen von türkischen Verantwortlichen mit verschiedenen bewaffneten Gruppen, die sich in der Nähe von Serêkaniyê aufhalten, stattgefunden hat. Am 25. November sollen türkische Verantwortliche, getarnt als Journalisten, in Westkurdistan diese Gespräche geführt haben und den Gruppen Waffen- und Finanzunterstützung angeboten haben, wenn diese sich dazu bereit erklären, Angriffe auf die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) durchzuführen.

(YÖB, 7.12., ISKU)

**USA setzen Verbündete der AKP-Regierung auf Terrorliste**  
Die Al-Kaida-nahe syrische Rebellengruppe Al-Nusra-Front, die unter anderem von der Türkei finanziert und trainiert wird, wurde von den USA auf ihre Liste von Terrororganisationen gesetzt. Im November 2012 marschierte die Al-Nusra-Front, der auch Kämpfer aus anderen arabischen Staaten angehören, von türkischer Seite in das westkurdische Gebiet Serê Kaniyê (Ras al Ain) ein und machten die Kurdenregion zum Kriegsschauplatz. Dabei starben dutzende ZivilistInnen.

Die von der türkischen AKP-Regierung unterstützten Gruppe ermordete außerdem im Mai 2012 mehrere Menschen und verletzte hunderte weitere mit Bombenanschlägen in Damaskus und Aleppo. Neben vielen Selbstmordanschlägen in Syrien sei die Gruppe aber auch für viele militärische Erfolge der Rebellen verantwortlich.

(DKIANF/CNN, 11.12., ISKU)

## Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖB	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad
DK	DieKurden.de

## N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136  
20097 Hamburg  
Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)  
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:  
Postbank Köln, BLZ 37010050  
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)

## → » Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern

kennengelernt. Nach dem faschistischen Militärputsch 1980 mußten wir unseren Traum von einem sozialistischen Staat begraben, weil die revolutionäre Bewegung weitgehend vernichtet wurde. Mit der Zeit habe ich begriffen, daß ein freies Leben der Menschen in der Türkei ohne die Befreiung der kurdischen Bevölkerung nicht möglich ist, und mich der kurdischen Befreiungsbewegung angeschlossen. Ich war bis zu meiner Berentung 1999 im Gesundheitsministerium angestellt und habe damals Gewerkschaftsarbeit gemacht. Danach jahrelang Solidaritätsarbeit für politische Gefangene. Seit 1999 widme ich meine gesamte Zeit dem kurdischen Befreiungskampf. Daran änderte sich auch nichts, als ich im Juni 2011 als Abgeordneter gewählt wurde.

*Was haben Sie als Frau gemeinsam mit Ihren Genossinnen von der BDP im Parlament erreicht?*

Bei diesem Thema ist Bescheidenheit fehl am Platz. Als 2007 die ersten Genossinnen ins Parlament gewählt wurden, herrschten in der Öffentlichkeit in der Türkei große Vorurteile. Es wurde von ihnen erwartet, daß sie die gleiche unscheinbare Haltung einnehmen wie die wenigen weiblichen Abgeordneten der anderen Parteien. Bis zu jener Zeit stammten die Abgeordneten – ob weiblich oder männlich – alle aus einer elitären Schicht. Für Menschen von der Basis, und insbesondere für Frauen von der Basis, war es nicht möglich, Abgeordnete zu werden. Dieses ungeschriebene Gesetz wurde durch unsere Bewegung, durch unseren Kampf gebrochen. Dazu kam die Erwartung, daß die weiblichen Abge-

ordneten im Schatten ihrer männlichen Kollegen verharren und außerhalb der parlamentarischen Arbeit passiv bleiben. Aber bei uns ist das anders. Wir haben in allen Strukturen unserer Partei die Geschlechterquote von 40 Prozent durchgesetzt. Die Abgeordneten sind schließlich Delegierte der Bevölkerung und müssen den Kampf gemeinsam mit ihr führen. Als wir 1999 in den Wahlkampf gezogen sind, herrschte allgemein die Auffassung, daß die Aufstellung von Kandidatinnen zum Stimmenverlust führen würde. In diesem Punkt hat sich die öffentliche Meinung grundlegend geändert. Jetzt haben alle Parteien erkannt, daß Frauen in der Politik einen Gewinn darstellen. Sogar die CHP hat eine Frauenquote von 33 Prozent festgelegt.

(JW, 12.12., ISKU)